



uniterre



DEZEMBER 2019

№ 5 64. JAHR

JAB 2518 NOOS

WWW.UNITERRE.CH

DIE BRANDSTIFTER
Bundesrat giesst Öl ins Feuer

ZÄHER TEIG
Dossier: Brot und Backwaren

ZU DEN INITIATIVEN
Der Vorstand bezieht Position

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

DER WIND DREHT SICH

EDITORIAL

BERTHE DARRAS
SEKRETÄRIN UNITERRE

Am 23. September 2019 hat die Genossenschaft Faire Milch die Lancierung von Faireswiss gefeiert: Die faire Milch und fünf Weichkäsearten werden nun in allen Filialen von Manor angeboten. Ein Jahr zuvor, auf den Tag genau, haben wir über die Initiative zur Ernährungssouveränität abgestimmt. Auch wenn wir 2018 die Schlacht verloren haben, zeigt uns der sofortige Erfolg der Fairen Milch - eine hervorragendes Beispiel für Ernährungssouveränität -, dass sich die Grenzen verschieben!

Am 11. Oktober 2019 startete Willy Cretigny - Präsident des Schweizerischen Verbandes unabhängiger Winzer und Uniterre-Mitglied - einen Hungerstreik, um die Inkohärenz der Agrarpolitik anzuprangern, die vor allem Importe fördert und gleichzeitig die lokale Weinproduktion schwächt. Und es ist nicht die einzige betroffene Branche: Auch der Getreidesektor, vor allem die Produzent*innen von Brotgetreide, befinden sich in einer schwierigen Phase. Der Artikel „Wer verdient sich am Brot eine goldene Nase?“ wird die Komplexität des Themas aufzeigen.

Willy Cretigny's Hilferuf hat zur Ausarbeitung eines Manifests an die Adresse von Politiker*innen geführt; für dieses Manifest brauchen wir auch euch alle! Alles wird auf Seite 8 erklärt.

Am 20. Oktober 2019 erlebten die Grünen und Frauen einen historischen Sieg bei Parlamentswahlen. Selbst wenn dieser Umbruch einige von uns Landwirt*innen erschreckt oder entmutigt, können wir ihn auch positiv gestalten. Und wir werden Lösungen finden, die es uns ermöglichen, Ökologie, Gerechtigkeit und Produktion in Einklang zu bringen. In diesem Sinne haben wir nach lebhaften Diskussionen im Uniterre-Vorstand endlich zu den Initiativen „Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide“ und „Für sauberes Trinkwasser und gesunde Lebensmittel“ Stellung bezogen. Ich werde hier nichts verraten. Unsere Argumente finden Sie auf Seite 6.

2019 geht zu Ende. 2020 stellt uns vor grosse Herausforderungen: Die Diskussion über die Agrarpolitik 22*, die derzeit in Unterzeichnung befindlichen Freihandelsabkommen, die Einrichtung des neuen Parlaments oder die Abstimmung über die beiden oben genannten Initiativen, um nur einige zu nennen.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit, gemeinsam mit Ihrer Familie sowie Ihren Freunden und Freundinnen. Auch im Jahr 2020 stehen wir Ihnen bei neuen Abenteuern zur Seite! •



SELBER IN DIE HAND NEHMEN

Zu Besuch bei Thomas und Antoine Descombes

Mühle, Ferme des Verpillères, à Choulex

Lancierung der Milch Faireswiss

DER BUNDES RAT ALS BRANDSTIFTER ?

RUDI BERLI
SEKRETÄR UNITERRE

Mit dem Ende Juni 2019 vereinbarten Mercosur-Abkommen mit der Europäischen Union soll die grösste Freihandelszone der Welt entstehen. Damit will die EU jährlich vier Milliarden Euro an Zöllen einsparen. Nicht nur wegen der Brände im Amazonas und der Politik des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro steht das Abkommen unter massiver Kritik. Martin Häusling, der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament erklärt gegenüber der deutschen Tageszeitung (taz): „Brasilien schafft Platz für Weideflächen und Sojaplantagen – denn Europa soll beliefert werden mit dem Fleisch von 600.000 Rindern.“ Gerade das Freihandelsabkommen sei ein Treiber für die Brände in dem süd-amerikanischen Land. Weiter sollen zusätzliche 300.000 Tonnen klimaschädliche Agrartreibstoffe in die EU fliessen. Die 99'000 Tonnen Rindfleisch-Importe pro Jahr werden nur mit Zöllen von 7,5 Prozent anstelle der bisherigen 40 bis 45 Prozent belegt. 180'000 Tonnen Geflügelfleisch würden gänzlich zollfrei.

Die Verhandlungen begannen im 2000 und das Handelsabkommen muss noch von sämtlichen nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden. Viele Länder, darunter Irland und Frankreich, erhoben ein Veto. Der EU-Unterausschuss im Nationalrat von Österreich spricht sich Mitte September 2019 gar gegen das Abkommen aus. Auf EU-Ebene wird die Regierung nun für ein Nein votieren. Der Pakt steht damit vor dem Aus, denn die erforderliche Einstimmigkeit im EU-Rat ist nicht mehr gegeben.

WIDERSTAND JETZT ORGANISIEREN. Auch in der Schweiz wird das am 23. August 2019 unterzeichnete Abkommen zwischen den Efta-Partnern und Mercosur von der Zivilgesellschaft breit bekämpft. Innerhalb Rekordfrist haben über 60'000 Menschen eine Petition gegen das Abkommen unterschrieben und am 30. August 2019 in Bern eingereicht. Die Grünen, die SP und auch Uniterre sind bereit das Referendum zu ergreifen. Die Grünliberalen befürworten den Wirtschaftspakt, während der Bauernverband nur durch Zugeständnissen bei der AP22+ für ein Ja zu gewinnen ist. Gemeinsam mit den Entwicklungs- und Konsumentenschutzorganisationen hat Uniterre schon seit Anbeginn den Vertrag kritisiert. Torpediert werden mit der Umsetzung die Agenda 2030 und der UNO-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG), die Einhaltung des Schweizerischen Verfassungsartikels über Ernährungssicherheit und nachhaltigen Handel (Art. 104a Abs. d), die UN-Deklaration zu den bäuerlichen Rechten und das Pariser-Klimaabkommen.

DIE BRANDSTIFTER. Damit droht dem „grössten aussenwirtschaftlichem Erfolg der Schweiz seit langem“ (NZZ) heftiger Widerstand, wenn nicht sogar eine herbe Niederlage. Zuerst beginnt aber jetzt der parlamentarische Genehmigungsprozess. Die Absicht des Bundesrates, allen voran Wirtschaftsminister Guy Parmelin, ist es, den Vertrag spätestens im Jahr 2021 zu ratifizieren. Der Handel mit den Mercosur-Staaten funktioniert bereits heute. Güter im Wert von 3.6 Milliarden Franken werden pro Jahr exportiert. Die Importe belaufen sich auf 711 Millionen Franken. 96% der Schweizer Ausfuhren profitieren mittelfristig von Zollkonzessionen. Das verhandlungsführende Staatssekretariat für Wirtschaft SECO spricht von Zolleinsparungen von bis zu 180 Millionen Franken pro Jahr.

FEHLENDE KONTROLLEN – KEINE SANKTIONEN. Der Bundesrat hat bereits beim Freihandelsabkommen mit Indonesien viele Versprechen in Bezug auf die Nachhaltigkeitskriterien gemacht. Allerdings fehlen detaillierte Angaben, Verbindlichkeit und ein glaubwürdiger Kontrollmechanismus. Beim



Mercosur-Abkommen unterliegen die Nachhaltigkeitsbestimmungen dem Streitschlichtungsmechanismus - nicht aber einem Schiedsgericht. Sabine Weyand, Generaldirektorin für Handelspolitik der Europäischen Kommission, erklärte am 28. August 2019 in Berlin, dass dies „nicht in letzter Konsequenz zu Wirtschaftssanktionen“ führe. Stattdessen würde nach erfolglosen Konsultationen ein Ausschuss („Panel“) aus Experten eingesetzt, der die Vorwürfe untersucht, schreibt die deutsche Tageszeitung (taz). Berit Thomsen, Handelsreferentin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft kritisiert in einem Pressestatement: „Wir importieren aus diesen Ländern künftig nicht nur Rindfleisch, sondern die mit der stark industriellen Produktion verbundenen Klimaschäden und menschenunwürdigen Produktionsbedingungen.“ Gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) haben sie deshalb am 18. September 2019 aus Protest mit ihren Traktoren Deutschlands grössten Importhafen für Futtermittel und Getreide in Brake blockiert.

IN DEN MERCOSUR-STAATEN. In Brasilien, wie in Argentinien, Uruguay und Paraguay werden die Rechte der BäuerInnen und der eingeborenen Völker massiv verletzt. Die Grossgrundbesitzer und Investor*innen, verursachen soziales Elend, bedrohen die Demokratie mit Milizen. Sowohl in der Tierhaltung wie auch im Pflanzenschutz liegen die Standards weit unter schweizerischen Anforderungen. In der Tierhaltung bedeutet das „Feedlots“, vom Boden losgelöste Pferchhaltung, Wachstumshormone und Antibiotikafütterung. In der Geflügelhaltung gibt es keine vergleichbaren Tierschutzbestimmungen, die Hühner werden in Beständen von bis zu 500'000 Tieren gehalten, wobei die Grenze in der Schweiz bei 18'000 pro Betrieb in konventioneller Haltung und bei 2'000 Tieren pro Gruppe (4000 pro Betrieb) im Biobereich liegt. Im Pflanzenschutz werden in den industriellen Exportkulturen gegen 200 in der Schweiz verbotene Pestizide eingesetzt mit schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit der lokalen Bevölkerung, für das Grundwasser und die Biodiversität.

WER PROFITIERT? Mit jedem Kilogramm importierter Lebensmittel, welche um die halbe Erde transportiert werden, verschärft sich der Überlebensdruck auf die hiesige bäuerliche Landwirtschaft. Schon heute werden über 200'000t Sojaschrot, 16'000t Geflügelfleisch und 3700t Rindfleisch aus dem Mercosur eingeführt. 59% der Fleischimporte stammen aus den vier südamerikanischen Ländern. Auch Früchte, Weizen, Futtergetreide und Wein werden jetzt

schon in grossem Stil importiert. Mit dem Wirtschaftspakt erhalten die Schweizer Lebensmittelkonzerne Konzessionen für Käse, Kaffee, Zuckerwaren, Schokolade, Biskuits, Energy Drinks und Tabakprodukte. Im Gegenzug erhalten die Mercosur-Staaten Konzessionen für Exportprodukte wie Fleisch (3'000 Tonnen Rind-, 1'000 Tonnen Poulet- und 200 Tonnen Schweinefleisch), Käse, Speiseöl (2'000 Tonnen für Soja und Erdnussöl), Weizen zur menschlichen Ernährung (1'500 Tonnen), gewisse Früchte und Gemüse, Honig, Futtergetreide, Rotwein (35'000 hl) und verarbeitete Produkte.

DER DRUCK STEIGT. Der Forderung der Schweizer Winzer*innen das WTO-Kontingent von 170 Millionen Liter auf 130 Millionen Liter zu senken, steht das Mercosur-Abkommen diametral entgegen und verschärft die grossen Absatzprobleme bei einem ohnehin sinkenden Konsum. Betroffen sind auch die einheimischen Ölsaatenproduzent*innen. Es sollen Zollrabatte von 20% auf 2'000 t Erdnuss- und Sojaöl gewährt werden, welche unser Raps- und Sonnenblumenöl konkurrenzieren. Betrachtet man die Importstatistik 2018 der Schweiz, sind die Mercosur-Staaten bereits für rund ein Drittel der Erdnussöl-Importe in die Schweiz verantwortlich, bei Sojaöl werden keine Importe aufgeführt. Der Getreidesektor ist ebenfalls vom Abkommen betroffen. Es können rund 1'500 t Brotweizen ausserhalb des Zollkontingents importiert werden (siehe Artikel Seite 4). Auch wenn die zusätzliche Importmenge im Verhältnis zum gesamten Zollkontingent von rund 70'000 t gering ausfällt, sind in Anbetracht der Übermengen an Brotgetreide in den letzten Jahren auch geringe Mengen zu viel. Ausserdem können zusätzliche Mengen Futtergetreide mit einem Zollrabatt importiert werden. (Quelle:SGPV)

BRÄNDE LÖSCHEN. Trotz Umweltzerstörung, Klimanotstand und Biodiversitätsverlust macht der Bundesrat weiter mit seiner schrankenlosen Handelsderegulierung. Das Mercosur-Abkommen verschärft den Wettbewerb zu Gunsten der Profitmaximierung: Arbeitskräfte und Umwelt zahlen den Preis. Die Kosten werden auf die Gesellschaft, die Umwelt und zukünftige Generationen abgeschoben oder externalisiert. Es braucht deshalb gesellschaftliche Regeln und Handelszölle, welche im Sinne des Gemeinutzes Prioritäten setzen. •

EMPFEHLENSWERT:

„Freihandelsabkommen Schweiz – Mercosur: Bewertung aus Sicht des Tierschutzes“ zum kostenlosen Download unter: www.tierschutz.com

BROT: WER VERDIENT SICH EINE GOLDENE NASE ?

MICHELLE ZUFFEREY
SEKRETÄRIN UNITERRE

Frischbrot macht im Schweizer Detailhandel rund die Hälfte der Verkäufe und des Umsatzes im Bereich Brot und Backwaren aus. Der an Bäuerinnen und Bauern bezahlte Preis für Brotweizen hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Gleichzeitig ist in den letzten drei Jahren der Kilopreis für Frischbrot jährlich um 20 Rappen gestiegen. Darüber, wie der während der Wertschöpfung erzielte Mehrwert verteilt wird, wissen wir wenig bis nichts. Deshalb ist es schwierig, zwischen der schönen Rhetorik des Detailhandels und dem tatsächlichen Willen zur Unterstützung der Schweizer Produktion zu unterscheiden.

BROTWEIZEN-INDUSTRIE. Es handelt sich um eine vielschichtige Branche, die Bäuerinnen und Bauern, Getreidesammelstellen und -mühlen, Weiterverarbeitungsbetriebe, den Detailhandel und die KonsumentInnen miteinander verbindet. Brotgetreide, vorderhand Weizen, wird zu frischem Brot, Toastbrot, Back- und Konditoreiwaren, Fertigteige, Kekse und Dauerbackwaren weiterverarbeitet. Jährlich werden 206'215 Tonnen solcher Produkte verkauft, der Jahresumsatz beläuft sich auf 1.8 Milliarden Franken¹. Fast die Hälfte des Umsatzes (47.9 % bzw. 864 Millionen Franken) wird mit Frischbrot erzielt. Beim Verkauf macht der Anteil von Frischbrot 54.5 % oder 114'221 Tonnen aus (vgl. Grafik 1). Im Betrachtungszeitraum von Juni 2018 bis Juli 2019 nahm der Umsatz dieser Kategorie im Vergleich zum Vorjahr um 1.2 % zu. Die Nachfrage nach Brot und Zöpfen nahm dagegen ab (-3'793 Tonnen).

Während sich 2019 der Umsatz des Detailhandels in dieser Kategorie erhöht hat, ist das Verkaufsvolumen zurückgegangen (vgl. Grafik 2). Dank einer erhöhten Gewinnmarge konnten die Verkaufseinbussen kompensiert werden.

Der Richtpreis für ein Kilo konventionelles Brotgetreide beläuft sich auf 53 Rappen² und der durchschnittliche Verkaufspreis pro Kilo Frischbrot beträgt Fr. 7.60 (vgl. Grafik 1: Durchschnittliche Preise von Brot und Backwaren). Mehr als 7 Franken versickern also in der Wertschöpfungskette von der Weiterverarbeitung bis zum Verkauf im Detailhandel.

SCHWEIZER PRODUKTION. 2017 betrug die angebaute Brotgetreide-Fläche 75'830 ha (3.4 % im Biolandbau, 33.4 % im Extensio-Anbau und 63.1 % im ÖLN-Anbau³). Gemäss Swiss Granum beläuft sich die durchschnittliche jährliche Produktion (2016, 2017, 2018) von Brotweizen auf 400'000 Tonnen. Basierend auf der Anbaufläche und den Ernteaussichten sieht Bio Suisse vor, dass die Weiterverarbeitungsbetriebe ihren Bedarf an einheimischer Produktion zu ungefähr 55 % für Weizen, 75 % für Roggen und 85 % für Dinkel werden decken können⁴.

IP-Suisse vertreibt jährlich um die 120'000 Tonnen Brotweizen. 2018 betrug die Anbaufläche 27'000 ha. Das Ziel ist, 100 % der Nachfrage mit inländischem Weizen abzudecken. IP-Suisse ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel⁵ ist ein neues Programm, das den Anliegen der KonsumentInnen entspricht und das unterstützt werden muss. Weil an die 60 % der für Brotweizen reservierten Flächen ohne Label produziert werden, ist das Entwicklungspotential gross (vgl. Grafik 3: Produktionsflächen nach Produktionsmethode). Im aktuellen Kontext ist es notwendig, derart respektvolle Produktionsmethoden aktiv zu fördern.

SANKTIONEN AM MARKT. Gleichzeitig kündigt Bio Suisse seinen Mitgliedern eine Herabsetzung beim Einkaufspreis an und IP-Suisse bittet seine Mitglieder die IP-Produktionsflächen (inkl. IP-Suisse ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel) um 30 % zu reduzieren. Bio Suisse erklärt in seiner Medienmitteilung, dass „die steigenden Inlandanteile bei der Verarbeitung zur Folge haben, dass die daraus hergestellten Getreideprodukte teurer werden. Eine Anpassung der Richtpreise wurde notwendig, um die Attraktivität und den Absatz von Inlandgetreide auch bei steigenden Inland-

1) BROT/ BACKWAREN IM DETAILHANDEL

Marktanteile Umsatz und Absatz Brot/Backwaren im Schweizer Detailhandel
Entwicklung in %, MAT Juni 19 (rollierendes Jahr „Moving Annual Total“ MAT)

	Nach Umsatz pro Kategorie	Nach Absatz pro Kategorie
Frischbrot	47.90%	55.40%
Brot haltbar	10.10%	15.60%
Backwaren	20.10%	12.80%
Patisserie	8.30%	3.90%
Teig	6.30%	8%
Dauerbackwaren	7.30%	4.50%

anteilen garantieren zu können.“⁶ IP-Suisse erhofft sich dank diesen Massnahmen einen zu starken Rückgang bei den Produzentenpreisen vermeiden zu können. Grund dafür sind die hohen Lagerbestände: Die Ernten in den letzten drei Jahren waren in quantitativer und qualitativer Hinsicht sehr erfreulich.

DIE REALITÄT AUF DEM BIOBROT-MARKT. Die starke Nachfrage der Schweizer KonsumentInnen nach Knospen-Produkten, insbesondere nach Brot, hat zur Folge, dass Bio-Weizen importiert werden muss. Die Schweizer Produktion vermag aktuell nur 40-45 % des Bedarfs abzudecken. Doch wie oben erwähnt, nimmt dieser Anteil zu. Was die Herabsetzung des Preises für Brotweizen betrifft, macht die Erklärung von Bio Suisse klar, dass sich die Verarbeiter gegen eine Erhöhung von Schweizer Weizen in ihren Produkten sträuben. Je mehr Weizen aus dem Ausland importiert wird, desto grösser sind die Margen. Der Sektor floriert und weist einen Umsatz von 220,4 Millionen Franken (2018) auf, was einem Wachstum von 16 % entspricht.⁷

IP-SUISSE-SEKTOR. Unter der Leitung der Jowa AG arbeiten Migros und IP-Suisse im Getreide-Segment seit zwanzig Jahren zusammen. In diesem Abkommen „ist die Migros herausgefordert, den Anteil an IP-Suisse Getreide unter immer schärferen Marktbedingungen langfristig hochzuhalten. Die IP-Suisse ihrerseits muss genügend Mengen und somit Versorgungssicherheit garantieren können, wozu auch das Bewirtschaften einer Lagermenge zum Ausgleich von Ernte- und Qualitätsschwankungen gehört.“⁸ Migros hat im Oktober angekündigt, ab der Getreideernte 2023 nur noch Getreide (Weizen, Roggen, Dinkel) in seiner Jowa-Bäckerei zu verwenden, das den Richtlinien von IP-Suisse für Getreide ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel entspricht. Wie wird sich das auf die Schweizer Produktion von Brotgetreide auswirken? Dürfen wir eine Erhöhung der Anbaufläche nach den Richtlinien von IP-Suisse erwarten? Wird IP-Suisse weiter Mitglieder dazugewinnen? Oder werden die aktuellen IP-Suisse-Mitglieder zur IP-Suisse-Produktion ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel wechseln?

IMPORTE. Neben der inländischen Produktion werden zusätzlich rund 70'000 Tonnen, davon ein beträchtlicher Teil Biogetreide, importiert. Die Menge unterliegt Kontingenten und wird an der Grenze streng kontrolliert. Ebenso werden ungefähr 120'000-130'000 Tonnen Tiefkühlbackwaren wie Gipfeli, Fertigteige und feine Backwaren in die Schweiz importiert. Wegen dem Cassis-de-Dijon-Prinzip werden solche Fertigprodukte, die vorwiegend aus Polen und Rumänien stammen, weder besteuert noch deklariert.⁹

EIN UN DURCHSICHTIGES UND SCHÄDLICHES SYSTEM. Es ist empörend, dass Bäuerinnen und Bauern, die nach anspruchsvollen Richtlinien produzieren, ihre Preise senken oder ihre Produktionsflächen reduzieren müssen. Wegen des Preisdrucks durch die grossen Detailhändler ist der Umbau zu einer

Landwirtschaft mit einer ökologischeren Produktionsweise gefährdet. Er steht gar im Widerspruch zu den Sorgen der Bevölkerung. Der scharfe Wettbewerb unter den Einzelhändlern und deren Bedürfnis, sich von den anderen abzugrenzen, fügt der Schweizer Landwirtschaft Schaden zu und verhindert eine Umbaustrategie.

Migros und Coop, die beiden Marktleader im Schweizer Detailhandel und Weiterverarbeitungssektor, erhöhen die Nahrungsmittelpreise auf Kosten der KonsumentInnen und zwingen die Bäuerinnen und Bauern ihre Ernten zu Preisen zu verkaufen, mit denen die Produktionskosten nicht gedeckt werden können. Dieses Jahr wurden 25'000 Tonnen Brot- zu Futtergetreide zurückgestuft, weil die grossen Einzelhändler Import-Weizen bevorzugten: Das ist schlicht skandalös!

DIE FORDERUNGEN VON UNITERRE: Angesichts der Dringlichkeit ein nachhaltiges Nahrungsmittelsystem aufzubauen, ist es wichtig, dass eine lokale, ökologisch und sozial faire Produktion durch die Politik und breit abgestützten Allianzen gestärkt wird.

1. Nahrungsmittel müssen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausgenommen werden, um die Umgehung von Zollkontingenten zu verhindern.
2. Mehrere Motionen sind beim Bundesrat hängig. Sie fordern dazu auf, die Lebensmittel- und Gebrauchsgüterverordnung (LGV) anzupassen, um die Transparenz der Herkunft von Lebensmitteln (insbesondere für Brot) für KonsumentInnen zu erhöhen.
3. Unter dem Druck der verarbeitenden Industrie, standardisierte Rohstoffe herzustellen, wird Weizen künftig nach seinem Proteingehalt bezahlt. Der Eiweissgehalt sagt allerdings nichts über die Backeigenschaften und die Lebensmittelqualität aus. Es handelt sich einzig um ein zusätzliches Druckmittel gegenüber den ProduzentInnen. Diese Berechnungsart muss gestrichen werden!
4. Der politische und staatliche Preisdruck muss ein Ende haben und die Richt- und Schwellenpreise müssen erhöht werden, um die Produktionskosten zu decken. Preisziel: Fr. 1.20 pro Kilo für Bio-Weizen und Fr. 1.- pro Kilo für Weichweizen nach ÖLN-Standards.
5. Die öffentliche Beschaffungspolitik soll handwerkliche, regionale und kurze Produktionsketten fördern.



2) BROT/ BACKWAREN IM DETAILHANDEL

Absatz- und Umsatzbilanz Brot/Backwaren im Schweizer Detailhandel

Umsatz in Mio. CHF, Absatz in Tonnen

2017..2019 Juni (rollierendes Jahr „Moving Annual Total“ MAT)

Quelle: BLW, Fachbereich Marktanalysen; Nielsen Schweiz, Retail-/Konsumentenpanel, Warenkorb gemäss Def. BLW

	Absatz in Tonnen			Umsatz in Mio. CHF		
	2017	2018	2019	2017	2018	2019
Dauerbackwaren	9'058	9'153	9'189	127.3	129.6	131.0
Teig	16'206	16'062	16'423	108.6	110.2	113.3
Pâtisserie / Torten / Rouladen	8'209	8'130	7'963	153.6	150.5	149.9
Backwaren	26'250	26'172	26'306	357.7	359.8	363.3
Brot haltbar	31'459	32'080	32'113	183.3	184.4	182.5
Frischbrot	117'965	114'264	114'221	851.7	846.3	864.4
TOTAL	209'147	205'861	206'215	1'782	1'781	1'804

QUELLEN:

1. Marktberichte Getreide 2018/2019 (WBF/BLW)
2. <https://www.vsgf.ch/informationen/zollsystem/> und http://www.sgpv.ch/wp-content/uploads/191001_Stat_Tabelle-1-df.pdf
3. Quelle: BLW/ swiss granum
4. BIO Aktuell: Brotgetreide
5. <https://www.ipsuisse.ch/richtlinien-getreide-ohne-pflanzenschutzmittel/>
6. Medienmitteilung BIO Suisse, 1. Juli 2019
7. Jahresbericht BIO Suisse 2018
8. Medienmitteilung Migros, 16. Dezember 2016
9. https://www.letemps.ch/economie/pain-industriel-de-ferle-suisse-boulangers-se-revoltent?utm_source=mail&utm_medium=share&utm_campaign=article

Grafiken und Analysen wurden von Swiss Granum und dem BLW zur Verfügung gestellt.

3) NACH ANBAUWEISE / SURFACES DE PRODUCTION SELON MODE DE PRODUCTION (%)

	Céréales pan. Brotgetreide		Céréales fourr. Futtergetreide		Protéagineux Eiweisspflanzen		Oléagineux Ölsaaten		
	2008	2017	2008	2017	2008	2017	2008	2017	
Bio	4.0	7.8	2.1	7.0	3.8	20.5	0.9	3.4	Bio
ÖLN- Extenso	47.9	53.5	37.4	32.9	0.1	57.1	20.9	33.4	PER-Extenso
ÖLN- Nicht-Extenso	48.1	38.7	60.5	60.2	96.1	22.4	78.2	63.1	PER-pas-Extenso

Quelle: Bundesamt für Landwirtschaft
Source: Office fédéral de l'agriculture

15.02.23

IM KANTON WAADT: Am 12. September 2017 wurde von Nicolat Rochat Fernandez (SP Waadt) ein Postulat (17_POS_006) vorgelegt, in dem er den Ständerat aufforderte, "die Möglichkeit zu prüfen, Produkte mit dem Label "echt handwerklich" in den Gastronomieeinrichtungen öffentlicher und halböffentlicher Einrichtungen (Berufsschulkantinen, FH, UNIL, EMS, etc.) zu fördern. „Darüber hinaus verlangt die SPW, dass Massnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass der Ort der Herstellung eines Backerzeugnisses für das Produkt verbindlich ist, wie dies bei anderen Lebensmitteln der Fall ist.“

Dieses Postulat, das von Martine Meldem, Yvan Pahud, Alexandre Berthoud, Jean-Michel Dolivo, Vassilis Venizelos und Serge Melly mitunterzeichnet und von einer Mehrheit der Abgeordneten unterstützt wird, hat immer noch keine Antwort des Ständerats erhalten. •

HÄNGIGE MOTIONEN:

1. Carlo Sommaruga 19.4192: Labelpflicht für Schweizer Brot.
2. Hiltbold Hugues 19.4215: Deklaration der Herkunft und des Verarbeitungsorts von Brot und Backwaren.
3. Nicolet Jacques 19.4083: Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren.

SENSIBILISIERUNGSAKTIONEN BEZÜGLICH DER DEKLASSIERUNG

VON WEIZEN: Am 19. September 2019 hat eine Delegation aus Politikern und Bäckerinnen in Bern das Parlament für die Problematik von zurückgestuftem Weizen sensibilisiert. Die Delegation: Eric Emery, Bäcker in Genf, in Begleitung von Lisa Mazzone (Grüne/GE), Hughes Hiltbold (FDP/GE), Christian Lüscher (FDP/GE), Stéphane Oberson, Bäcker in Genf, Adrian Kaiser, Bäcker-Konditor in Bern, und Robert Cramer (Grüne/GE), Präsident der Genusswoche. Mit dabei waren auch Vertreter des Schweizerischen Getreideproduzentenverbandes.

PESTIZID-INITIATIVEN:

STANDPUNKT DES VORSTANDES

VANESSA RENFER
BÄUERIN, SEKRETÄRIN UNITERRE

An seiner Sitzung vom 6. September 2019 diskutierte der in Bern tagende Uniterre-Vorstand ausführlich über die beiden Initiativen, welche die Verwendung synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft reduzieren oder ganz verbieten wollen. Die beiden Texte, "Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" und "Initiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Lebensmittel", werden nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch von der restlichen Gesellschaft heftig diskutiert.

DIE INITIATIVE FÜR EINE SCHWEIZ OHNE SYNTHETISCHE PESTIZIDE, auch bekannt als „Future 3.0“, fordert innerhalb von 10 Jahren ein Verbot für synthetische Pestizide in der Landwirtschaft, aber auch in der Pflege von Landschaft, Grünflächen und öffentlichen Räumen. Sie fordert zudem, dass importierte Produkte - für Lebens- und Futtermittel - frei von diesen Stoffen sind. Die Umsetzung eines solchen Projekts wäre für die Landwirtschaft anspruchsvoll. Tatsächlich müssten viele Lösungen gefunden und umgesetzt werden, damit die Bauernfamilien diese Herausforderung bewältigen und gleichzeitig ihr Einkommen sichern können. Die guten Ergebnisse der biologischen Landwirtschaft dürfen nicht dazu führen, dass wir die Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert wären, unterschätzen.

EIN BEISPIEL IST DIE NOTWENDIGKEIT, für 85 % der Betriebe, die derzeit nicht ökologisch wirtschaften, eine grosse Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte zu finden. Wir müssen auch bedenken, dass wir unvermeidlich einen Ertragsrückgang hätten, der je nach Kultur bis zu 30 % betragen kann. Das ist ein entscheidendes Argument, da wir für mehr als jede zweite Kalorie vom Ausland abhängig sind. Hervorzuheben ist ausserdem die dringende Notwendigkeit, Mittel für die öffentliche Forschung zur Entwicklung von Instrumenten, Anbaumethoden und Naturprodukten für den Pflanzenschutz bereitzustellen und - selbstverständlich ohne GVO - Pflanzensorten zu züchten, die sowohl den Schädlingen als auch den kommenden Klimaveränderungen gewachsen sind.

LASST UNS AUCH DIE ZENTRALE FRAGE DES MARKTES STELLEN. Wenn die Landwirt*innen zusätzliche Anstrengungen für eine umweltfreundlichere Lebensmittelproduktion unternehmen, dürfen sie nicht die einzigen sein, die die Konsequenzen tragen. Wenn der Initiativtext angenommen wird, müssen wir faire, rentable und garantierte Preise, die Reduzierung der unangemessenen Margen der Supermärkte im Bio-Bereich, die volle Unterstützung der Bürger für diese Veränderung und einen angemessenen Schutz der Schweizer Produktion an den Grenzen fordern. Ausserdem kommt es nicht in Frage, eine Preisnivellierung nach unten zu akzeptieren, unter dem Vorwand, dass der ökologische Landbau zur Standardproduktionsmethode werden würde.

DENNOCH KANN UNS DIE INITIATIVE VIEL BRINGEN: Mehr Bäuerinnen und Bauern, mehr Beschäftigte im Agrarsektor, bescheidene und überschaubare Strukturen, eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung in jedem Sektor und Unabhängigkeit von den grossen agroindustriellen Konzernen. Und das alles ist nichts anderes als Ernährungssouveränität, für die wir schon seit langem kämpfen.

DESHALB ERMUTIGT DER VORSTAND SEINE MITGLIEDER, den Text "Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" zu akzeptieren und verpflichtet sich, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass ihre Umsetzung nicht nur eine weitere Belastungsprobe für Bauern und Bäuerinnen, sondern der Übergang zu einem neuen Kapitel ist. Während die meisten Bauern- und Bäuerinnen- und Bürger*innenorganisationen in diesem Land die beiden Initiativen gleichgestellt haben

und entweder 2 x Ja oder 2 x Nein empfehlen, hat Uniterre beschlossen, sie getrennt zu behandeln. Denn obwohl ihre Ziele sehr ähnlich sind, sind doch die Mittel, um sie zu erreichen, ganz unterschiedlich.

DIE INITIATIVE FÜR SAUBERES TRINKWASSER und gesunde Nahrung will die Direktzahlungen von mehreren neuen Regeln abhängig machen, nämlich dem Verzicht auf synthetische Pestizide und den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika, ferner dürfen Tieren nur gehalten werden, wenn ihr Futter zu 100 % auf dem Betrieb produziert werden kann. Im Gegensatz zum ersten Text sagt er nichts über das Problem der Importe aus und fordert einzig Anstrengungen von Seiten der Bäuerinnen und Bauern.

DAS GLEICHE LOBENSWERTE ZIEL ALSO, aber ein ganz anderer Hebel. Es handelt sich um ein Strafprojekt, das die Landwirtschaft als einzige für die Gewässerverschmutzung verantwortlich macht. In ihren Argumenten hat das Initiativkomitee sogar die Dreistigkeit zu behaupten, dass die Schweizer Bevölkerung die Bauern und Bäuerinnen via Steuern und Direktzahlungen für das Verschmutzen bezahlt.

DER VORSTAND WAR DER ANSICHT, dass dieser Text eine sehr schlechte Lösung für das anstehende Problem darstellt. Es ist zwar klar, dass die Mehrheit der Betriebe keine andere Wahl hätten, als die neuen Bedingungen für den Erhalt von Direktzahlungen zu erfüllen, aber die Initiative beinhaltet kein eigentliches Verbot für die Verwendung von Pestiziden in der Schweiz. In einigen Branchen, wie dem Weinbau oder dem Obstbau, ist anzunehmen, dass sich die Produzent*innen für Pestizide entscheiden und auf Direktzahlungen verzichten würden.

DER GRAVIERENDSTE PUNKT BETRIFFT JEDOCH DIE IMPORTE. Durch das bewusste Weglassen dieser Frage fördert die Initiative eine saubere und ordentliche Schweizer Landwirtschaft, unabhängig davon, was bei unseren Nachbarn oder am anderen Ende der Welt geschieht. Wäre das nicht die Einführung eines Zweistufensystems? Uniterre hat sich schon immer für gesunde Lebensmittel eingesetzt, für eine möglichst respektvolle Produktion, für Familienbetriebe – für alle Bevölkerungsschichten. Aufgrund der genannten Überlegungen kam der Vorstand zum Schluss, dass die Initiative ihr Ziel völlig verfehlt, weshalb sie die Mitglieder von Uniterre und die Bevölkerung ermutigt, diesen Text abzulehnen.

OB WIR WOLLEN ODER NICHT, die Gesellschaft ist mitten im Entscheidungsprozess über unsere künftigen Produktionsmethoden. Die Bauernfamilien stehen vor der Wahl, sie können versuchen, dies zu ignorieren. Oder sie können einen ruhigen, konstruktiven Dialog mit den Verbrauchern führen, auf der Grundlage von gegenseitigem Verständnis, Respekt und Partnerschaft. Die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide stellt uns eine Frage. Wir können uns jederzeit über die Form streiten. Aber letztendlich sehen wir es als eine grosse Chance, unseren Kund*innen näher zu kommen, nicht den grossen Händlern, die uns viel zu lange missbraucht haben, sondern den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, die mit Begeisterung die Freude am Essen mit lokalen Produkten wieder entdecken. Also los geht's, aber alle zusammen! •

WEITERE INFORMATIONEN:
<https://future3.ch/de/>
www.initiative-sauberes-Trinkwasser.ch

IS-ABV?? WAS ZUM....

LARA MOSER
TIERÄRZTIN, MITGLIED UNITERRE

Die sperrige Abkürzung steht für „Informationssystem Antibiotika in der Veterinärmedizin“, und umschreibt die Eintragspflicht für antibiotische Behandlungen und Abgabe von Antibiotika in der Tiermedizin, welche ab dem 1. Oktober 2019 in Kraft tritt. Wem das nun immer noch nicht viel sagt, keine Sorge, er oder sie ist nicht alleine! Aber der Reihe nach:

Im Zuge der StAR, der nationalen Strategie zur Reduktion der Antibiotika Resistenzen, wurde beschlossen, dass sämtlicher Verbrauch von Antibiotika in der Tiermedizin in der Schweiz erfasst werden muss. Diese Erfassung erfolgt durch die Tierärzte. Konkret sieht das so aus, dass wenn Kuh Flöckli von Frau Schweizer eine Euterentzündung hat, die behandelnde Tierärztin nicht nur eine Rechnung an Frau Schweizer stellt, sondern im selben Zug auch weitere Punkte wie zum Beispiel den Behandlungsgrund in die Praxissoftware einträgt, welche dann dank einer Schnittstelle die Informationen über die erfolgte Behandlung inklusive der TVD Nummer des Betriebes an das zentrale System des Bundes übermittelt. Ziel dieser Erfassung ist die genauere Kenntnis des Antibiotikaeinsatzes in der Tiermedizin und auch das Identifizieren von „Schwarzen Schafen“ das heisst Praxen oder Betriebe, welche einen erhöhten Verbrauch von Antibiotika haben. Zudem soll auf diese Weise die Entwicklung des Antibiotikaverbrauches besser überwacht werden können. Für die Tierärzteschaft bedeutet die Einführung des IS-ABV einen nicht unerheblichen Mehraufwand. Während die Vorbereitungsarbeiten, zum Beispiel das Anpassen der eigenen Praxissoftware voll von den Tierärztinnen getragen werden, empfiehlt die Gesellschaft Schweizer Tierärzte GST ihren Mitgliedern, den Mehraufwand für die Erfassung des einzelnen Antibiotika Einsatzes den Kunden weiter zu verrechnen. Richtpreis zwischen 7 und 15 Franken, also unter Umständen mehr, als der Preis des Medikamentes.

Über Sinn und Zweck des Systems kann man sich durchaus streiten, vor allem da die Humanmedizin, welche ja ebenfalls nicht wenig Antibiotika einsetzt, nicht mitzieht. Die Strategie des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), die Information der Tierhalter*innen über die Neuerungen wie auch die Finanzierung des Mehraufwandes der Tierärzteschaft zu überlassen, ist jedoch schlicht und einfach schwach. Nutztierhalter*innen wie auch Nutztierärzt*innen arbeiten schon genug, mit genug kleinen Margen, Gratisarbeit für den Bund hat da eigentlich keinen Platz! Ganz abgesehen davon, dass wohl kaum ein Softwareentwickler des BLV generös auf seine Entlohnung im Dienste der Allgemeinheit verzichtet hat. •

WEITERE INFORMATIONEN:
Informationssystem Antibiotika
in der Veterinärmedizin IS ABV
unter: www.blv.admin.ch

Bei weiteren Fragen gibt das BLV sicher gerne Auskunft.

FAIRESWISS:

AM 23. SEPTEMBER 2019 WURDE DIE FAIRE MILCH LANCIERT!

BERTHE DARRAS
SEKRETÄRIN UNITERRE

Milchstreik 2009, danach zehn Jahre zähes Ringen für einen Milchpreis von 1 Franken zur Deckung der Produktionskosten und nun ist es endlich geschafft: Die Genossenschaft Faire Milch – bestehend aus 14 Produzentinnen und Produzenten aus den Kantonen Waadt, Freiburg, Neuenburg, Jura, Berner Jura und Basel-Landschaft – hat am 23. September 2019 die Produktlinie Faireswiss lanciert. Es handelt sich dabei um eine UHT-Vollmilch im Tetra Pak (3.5% Fett), die vom Milchverarbeiter Cremo abgefüllt wird. Dazu kommen fünf Weichkäse der Käserei Grand Pré in Moudon: Brie de Moudon, Bourg-Mignon, Cœur de Moudon, St-Etienne und Reblechon.

Die Produkte sind in allen Filialen von Manor Food und nun auch in verschiedenen lokalen Lebensmittelläden und Restaurants erhältlich. Und es sollen noch mehr werden. Falls Sie von einem Lebensmittelladen wissen, der interessiert ist: Die faire Milch kann direkt beim Vertrieb Le Petit Cremier bezogen werden!

Den Mut, dieses schöne Projekt zu entwickeln, hatten Anne, Präsidentin der Genossenschaft, Patrick, Vize-Präsident, unterstützt von Claude, André alias Dédé, Maurus, Véronique Suzanne, Roland, Steve, Paul, Laurent, Stéphane, Bertrand und Florian.

Die Lancierung am 23. September? Sagt Ihnen dieses Datum etwas? Es ist ein symbolischer Tag für Uniterre, da wir ein Jahr zuvor über die Ernährungssouveränität abgestimmt haben. Die Abstimmung haben wir zwar verloren, aber die faire Milch ist ein grosser Schritt in Richtung Ernährungssouveränität.

Die Pressekonferenz zur Lancierung am Firmensitz von Cremo war bewegend, Patrick Demont und Thomas Zwald, Vorstandsmitglied von Cremo, erinnerten sich gemeinsam an den Milchstreik vor zehn Jahren, während dem Patrick den Geschäftsführer von Cremo, Paul-Albert Nobs, in ein Milchbecken werfen wollte. Und heute ist eine Zusammenarbeit möglich. „Wir sind von der Konfrontation zur Zusammenarbeit übergegangen“, sagen sie.

Faireswiss tritt der grossen Familie der europäischen Fairtrade-Milch des European Milk Board (EMB) bei. Ihr Präsident Erwin Schoepges gab an derselben Pressekonferenz ein berührendes Zeugnis ab.

DIE SCHWEIZER GENOSSENSCHAFT hat viele Sympathiebekundungen und Ermutigungen erhalten, was uns in unserer Überzeugung bestärkt, dass ein solches Projekt seinen Platz und seine Legitimität hat. Uniterre ist sehr stolz auf die Arbeit der Genossenschaft und ihrer Mitglieder. Es war eine schmerzhaft Geburt, aber das schöne Kind war es wert. •



SWISSMILK GREEN ODER FAIRE MILCH VON FAIRESWISS ?

Zwischen swissmilk green und Faireswiss scheint eine gewisse Verwirrung zu bestehen. Hier einige Erläuterungen:



SWISSMILK GREEN ist ein neuer Branchenstandard zur Milchproduktion, der am 1. September 2019 eingeführt worden ist. Er beinhaltet 10 Anforderungskriterien rund um die Themen Fütterung und Tierwohl. Hinter dem Standard steht der Verband der Schweizer Milchproduzenten (SMP). Die Bäuerinnen und Bauern, die die Normen erfüllen, erhalten in der Regel 3 Rappen mehr pro Liter Milch im A-Segment, d.h. im Schweizer Markt. Bis heute erfüllen fast zwei Drittel der Molkereimilch-Produzentinnen und -Produzenten die Anforderungen. Der Grossteil der Mitglieder der Branchenorganisation Milch (BO Milch) beteiligt sich an diesem Programm, etwa Coop und die Gesamtheit der Verarbeiter.



FAIRESWISS ist ein Label, das den Produzentinnen und Produzenten 1 Franken pro Liter Milch garantiert. Wenngleich sie auch dazu verpflichtet sind, gewisse Nachhaltigkeitsstandards einzuhalten, liegt der Schwerpunkt von Faireswiss auf einer fairen Vergütung für die Produzentinnen und Produzenten, damit sie von der Milch leben können. Es ist ein solidarisches Projekt, bei dem die Mitglieder der zugrunde liegenden Genossenschaft Faire Milch zusätzliche 35 Rappen für jeden verkauften Liter erhalten.

ALLE INFORMATIONEN UNTER:
<https://www.faireswiss.ch/de>

KOMMENTAR: WELCHE AGRARPOLITIK IM NEUEN PARLAMENT

MATHIAS STALDER
SEKRETÄR UNITERRE

Daniel Salzmännli bezeichnete im Leiterartikel des Schweizerbauers vom 5. Oktober 2019 die Nationalratswahl als „Schicksalswahl für die Bauern“. Wichtige landwirtschaftliche Anliegen wie die Gesamtschau des Bundesrates konnten nur mit knapper Mehrheit zurückgewiesen werden, schreibt er. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) zählt neu 27 Mitglieder des National- und drei des Ständerats zu seiner Interessenvertretung. Durch die Stärkung der Grünen und Grünliberalen wird ein Richtungswechsel hin zu höheren Tier- und Umweltauflagen befürchtet. Deutlichere Worte findet SVP-Nationalrat Werner Salzmännli (BE) im Interview mit der Bauernzeitung: „Ich mache mir grosse Sorgen um die Agrarpolitik. Wir sind selbstverständlich auch bereit, jeder Landwirt ist bereit etwas zu machen, für eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft, aber das, was dort auf dem Plan ist, das heisst die Landwirtschaft in der Schweiz praktisch auszulöschen zu Gunsten für eine Ökologie die man gar nicht richtig umsetzen kann.“

EINSPUREN ODER NEUE POSITIONEN ENTWICKELN. Der Linksrutsch im National- und Ständerat wird sich mit Sicherheit auch auf die Landwirtschaftspolitik auswirken. Adrian Krebs, Chefredaktor der Bauernzeitung, bringt es in einem Online-Kommentar klar zum Ausdruck: „Es kommen beispielsweise Grüne hinzu, die sich bereits profiliert haben in der Agrarpolitik, die aber nicht so mir nichts dir nichts einsparen werden auf die Positionen des Bauernverbands. Das heisst, die neue Delegation ist anspruchsvoller geworden im Handling und für einheitliche Positionen wird es Kompromisse brauchen, die es bisher meist nicht brauchte, da man sich auf eine solide, wenn auch relativ knappe Mehrheit im Plenum verlassen konnte.“ Fazit von Adrian Krebs: „die bisher weitgehend bürgerlich dominierten Landwirtschaftspolitikerinnen und -politiker werden also kaum darum herumkommen, neue Allianzen zu schmieden und gleichzeitig einige ökologische Kröten zu fressen, ansonsten drohen krachende Niederlagen.“

IST DIE SORGE DES BAUERNVERBANDES AUCH DIE UNSRIGE? Aus Erfahrung mit der Initiative für Ernährungssouveränität aber auch mit dem Freihandelsabkommen mit Malaysia wissen wir, der Bauernverband ist kein oder nicht immer ein verlässlicher Partner für uns. Unsere politischen Verbündeten im Bundeshaus kamen zur Zeit des Abstimmungskampfes vorwiegend aus den Reihen der Grünen sowie der SP. In dieser Hinsicht geht unsere Allianz gestärkt aus diesem Abstimmungssonntag hervor. Einige Mitstreiter*innen konnten nun im Parlament Einsitz nehmen. Und heute müssen wir genau auf diesem Bündnis aufbauen und dieses stärken in Form der parlamentarischen Gruppe für Ernährungssouveränität, um die künftige Agrarpolitik in unserem Sinne zu beeinflussen, denn wir haben grosse Herausforderungen wie die AP22+ und das Mercosur-Abkommen vor uns. •

HOHE ZUFRIEDENHEIT UND VERZETTET

ZUR MITGLIEDERUMFRAGE IN DER DEUTSCHSCHWEIZ

MATHIAS STALDER
SEKRETÄR UNITERRE

Im Spätsommer 2019 haben wir eine Umfrage an 113 Mitglieder und Sympathisant*Innen Online versandt. Insgesamt haben 29 Teilnehmer*innen mitgemacht, davon 16 Teilnehmer*innen nicht vollständig. Die Differenz entsteht teilweise dadurch, dass es spezifische Fragen für die Bäuerinnen und Bauern gab. Das entspricht einem Rücklauf von über 25 Prozent. Davon waren 50% bäuerliche Mitglieder, 38,5% nicht-bäuerliche Sympathisant*innen und 11,5% noch keine Mitglieder. 52% waren noch nicht länger als zwei Jahre bei Uniterre, ein Drittel rund 3 – 4 Jahre. Nur vier Teilnehmer*innen der Umfrage waren länger als 5 Jahre dabei. Das liegt sicherlich auch daran, dass wir von älteren Mitgliedern häufig keine E-Mail-Adresse haben. Erfreuliche 70% der beteiligten Personen haben schon an Aktivitäten von Uniterre teilgenommen.

STARK VERTRETEN. Auf die Frage wie stark sie sich durch Uniterre vertreten fühlen, antworteten fast drei Viertel mit stark oder eher stark, 23% eher weniger, 3,8%, spricht eine Person fühlt sich gar nicht vertreten. 48,7% sind auf einer Skala von 1 – 10 sehr zufrieden mit der Arbeit von Uniterre (Skala von 7 – 9), im Mittelfeld 41,7% (Skala 5 + 6) und wiederum nur eine Person eine 4. Hier eine Auswahl aus den Antworten: Bäuerliche Basis, Einsatz für Ernährungssouveränität, Mut und Durchsetzungswille, Alternative zum Bauernverband, internationaler Zusammenhang über Via Campesina und informative Newsletter. Zu unseren Schwächen: Unstrukturiert, keine klaren Ziele und Angebote, verzettelt, schwerfällig, zu klein für ein dauerhaftes Büro, eher tiefe bäuerliche Beteiligung, zu biolastig, mehr lokale und kleine Strukturen (z.B. kleine Mühlen und Bäckereien) einbeziehen. Zu fest im Grossen und zu wenig im Kleinen.

ZUM MEDIENVERHALTEN. Genau die Hälfte lesen die ganze Uniterre-Zeitung, 44% nur ausgewählte Artikel. Wichtige Themen sind z.B.: Zugang zu Land, AP22+, Direktvermarktung und Agrarfreihandel. Etwas mehr als 60% nutzen unsere Homepage seltener als einmal pro Monat! Ein Drittel nur 1 – 3 Mal im Monat. Es ist also dringend, dass wir unsere Homepage überarbeiten. 88,9% lesen den internen Newsletter (nur an Mitglieder und Sympathisant*Innen).

ZUR MITGLIEDERSTRUKTUR: Klar in der Minderheit sind die Mitglieder zwischen 20 – 29 Jahren alt (5,9%). Die Mehrheit von 52,9% ist im Alter von 30 – 39 Jahren, 17,6% sind zwischen 40 – 49 Jahre alt und 23,5% sind älter als 50. Fast ausgeglichen ist das Geschlechterverhältnis von 52,9% männlich zu 47,1% weiblich. 83,3% führen einen eigenen Betrieb oder sind selbständig und 16,7% arbeiten im Nebenerwerb. Wenig überraschend liegt das monatliche Brutto-Einkommen bei 55,6% der Befragten unter Fr. 2800.- oder gerade bei Fr. 2800.- (11,1%), über Fr. 2800.- (22,2%) und über Fr. 4000.- (11,1%). Diese Frage richtete sich ausdrücklich nur an bäuerliche Mitglieder.

DIESE DURCHFÜHRTE UMFRAGE IST NICHT REPRÄSENTATIV. Trotzdem war es wichtig, uns ein Bild über unsere Arbeit machen zu können. Die grosse Zufriedenheit, die thematischen Inputs wie auch die Antworten die Stärken und Schwächen von Uniterre, nehmen wir mit an die Strategiesitzung vom 7. Dezember 2019 in Olten und lassen diese in unsere praktische Arbeit einfließen. Vielen Dank für eure Beteiligung und das Engagement im Jahr 2019. Wir freuen uns auf das kommende Jahr mit euch! •

BÄUERINNEN UND BAUERN SOLIDARISIERT EUCH!

MANIFEST FÜR EINEN FAIREN UND GERECHTEN MARKT

Als Folge der Krise in der Wein- und Landwirtschaftsproduktion haben mehrere Bäuerinnen und Bauern von Uniterre die Idee eines Manifests gestartet.

DER INHALT: Dieses Manifest verurteilt die freie Marktwirtschaft, die die bäuerliche Landwirtschaft und das Klima auf der Welt zerstört. Es weist auf den Widerspruch der Politik hin, die zwar über die Klimakrise, die Umwelt und die nachhaltige Entwicklung spricht, weiterhin aber Freihandelsabkommen unterzeichnet, die die Einfuhr von Agrarprodukten erleichtern und damit die Schweizer Landwirtschaft existenziell bedrohen.

DAS ZIEL: Die Sensibilisierung politischer Kreise und Mandatsträger*innen in Bern über die entscheidende Bedeutung der Erhaltung einer einheimischen und vielfältigen Landwirtschaft, die Menschen, Boden und Tiere respektiert.

INTERESSIERT?

Auf der Uniterre-Website, <https://uniterre.ch/de> findet Ihr das Manifest mit Link zur Online-Petition

Dieses Manifest richtet sich an Bäuerinnen und Bauern und alle, die sich mit den Inhalten und Werten identifizieren können.

DANKE FÜR DEINE SOLIDARITÄT!

AGENDA VORSTAND

Freitag, 6.12.2019, 09.30h, Yverdon

Vorankündigung:
GV: 21. März 2020, Yverdon

Alle sind herzlich eingeladen.

EIN GROSSES MERCI!

Vielen Dank allen,
die ihren diesjährigen (2019) Mitgliederbeitrag bezahlt haben.

Damit wir uns auch im neuen Jahr für alle Anliegen und Ideen einsetzen können, benötigen wir eure Mitgliederbeiträge.

SPENDEN

sind natürlich auch
jederzeit sehr willkommen.

IBAN: CH17 8012 3000 0028 4966 7/ CH

AGENDA

Oltener Treffen

Mittwoch, 8. Januar und 5. Februar 2020
jeweils 19.30 im Bioland Olten (gleich beim Bahnhof)

Bio-Lebensmittel als Kernelement der nachhaltigen städtischen Gemeinschaftsverpflegung

15. Januar 2020, 9.00 – 16.30 Uhr, Unkostenbeitrag
Fr. 160.- / Naturama, Aarau (beim Bahnhof)
<https://anmeldeservice.fibl.org>

Symposium: Aufbauende Landwirtschaft – Boden wieder gut machen. Methodern einer regenerativen Landwirtschaft.

Treffpunkt für Vordenker*innen und visionäre Praktiker*innen in der Landwirtschaft
24. - 26. Januar 2020, Gemeinschaft Schloss Tempelhof, Kressberg (D)
<http://aufbauende-landwirtschaft.de>

Widerstand am Tellerrand

7./8. Februar 2020 im Progr (Details folgen)

Demonstration: Essen ist politisch!

Samstag, 22. Februar 2020, 14 Uhr, Bundeshaus, Bern
Für eine soziale, bäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft.

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich Mathias Stalder 079 409 72 06

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Lerch 079 339 82 07

Graubünden Kesang Schneider 076 522 71 06

Deutschschweiz Mathias Stalder 079 409 72 06

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung

Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Verantwortlich für die Zeitung

Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Michelle Zufferey, m.zufferey@uniterre.ch

Verwaltung Mitgliederdatei

Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung

Stefanie Schenk
Pascal Mulchi
Michael Huber
Büro Uniterre

Fotos/ Illustrationen

Eric Roset 1, 2, 7
Daniel Müller 3

Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.